



## Erklärung der Tudeh Partei Iran im Zusammenhang mit der Umsetzung des „Wiener Atom-Abkommens“

Nachdem aufgrund unvernünftiger Politik des Obersten Rechtsgelehrten des Iran die langjährigen zerstörerischen Sanktionen der westlichen Länder unserem Volk aufgedrängt worden waren, haben sich nun der Iran und die Länder „5+1“ am Samstag, den 16. Januar 2016 in Wien bezüglich einer Umsetzung des „Wiener Abkommens“ geeinigt. Zuvor war festgestellt worden, dass der Iran seine Verpflichtungen gegenüber der IAEA zufriedenstellend erfüllt habe.

Hassan Rohani äußerte sich in einem Radio-Fernseh-Interview dazu unter anderem wie folgt:  
„... Heute haben wir einen Wendepunkt erreicht ... von heute an darf das iranische Atomprogramm nicht mehr als sinnlose Ausrede einer angeblichen Bedrohung des Weltfriedens und der Region benutzt werden, sondern es wird nunmehr der neuen Technologie im Dienste der Entwicklung des Landes, der Stabilität und Sicherheit der Region dienen ... Ab heute steht die Islamische Republik nicht mehr rechtlich unter dem Druck von 6 Sicherheitsrat-, und 12 IAEA- Resolutionen, sondern sie steht jetzt einer Resolution gegenüber, in der das Wiener Abkommen als ein vom UNO-Sicherheitsrat abgesetzter Erlass, der Weltöffentlichkeit vorliegt ...“

Zweifelsohne ist die Umsetzung des Wiener Abkommens ein wichtiges Ereignis, das bedeutsame Auswirkungen auf den Verlauf der politischen Veränderungen in unserem Land haben wird. Ungeachtet aller agitatorischen Behauptungen der Führer des Regimes und mancher Oppositioneller, sowie Anhänger des Regimes und ihrer Versuche, die fast 10 Jahre dauernde zerstörerische Politik und die Gründe für die (nachgewiesenermaßen) geheim geführten Verhandlungen mit den USA sogar schon zwei Jahre vor Rohanis Amtszeit zu vertuschen, ist es unserer Partei gelungen, darüber in den letzten zwei Jahren konkrete ausführliche Analysen und Einschätzungen zu veröffentlichen. Darauf werden wir im Folgenden kurz Bezug nehmen:

**Erstens:** Soweit es sich um Rohanis Regierung handelt, hatte sie gar keine andere Wahl, als das Wiener Abkommen zu unterzeichnen und sämtlicher Bedingungen zur Einschränkung ihrer Nuklearindustrie zu akzeptieren. Alle regimetreuen Strömungen waren Befürworter des Abkommens und der Verhandlungen mit den USA, weil sowohl die mehr als achtjährige zerstörerische Politik Ahmadinejads, des Beauftragten Khameneis, als auch die ruinierenden imperialistischen Sanktionen dem Volk und Land bereits großen Schaden zugefügt hatten. Inflation, die Anzahl der bankrotter Produktionsstätten, Arbeitslosigkeit und Armut hatten sich erhöht, und die Gefahr einer gesellschaftlichen Explosion war zu einer ernststen Bedrohung für das weitere Bestehen des Regimes angewachsen.

Im Gegensatz zu dem klangvollen politischen Manöver der besorgten regimetreuen, „sicherheitsmilitärische Organe“, deren Presseorganen, wie z.B. „Keyhan“ hat die Regierung - natürlich unter der Kontrolle und mit völligem Einverständnis des obersten Rechtsgelehrten (Ali Khamenei) - wesentliche Teile der Bedingungen der amerikanischen und der europäischen Länder akzeptiert und damit den Weg zum Abschluss des Abkommens freigemacht.

**Zweitens:** Die Gespräche zur Erzielung des Wiener Abkommens waren wesentlich umfangreicher als die Verhandlung um die iranische Nuklearindustrie und Annullierung der wirtschaftlich-finanziellen Sanktionen. Sie standen im unmittelbaren und untrennbaren Zusammenhang mit einer Unterstützung des Regimes für die große amerikanische Politik in der Region des Mittleren Ostens. Die Besorgnis reaktionärer Regierungen Saudi-Arabiens und Israels sowie ihr heftiger Widerstand gegen das Abkommen und auch die zunehmenden Spannungen um Saudi-Arabien in den letzten Wochen in der Region, sowie die jüngsten Veränderungen im Irak, Afghanistan, Jemen und Syrien, bestätigen unsere Einschätzungen.

**Drittens:** Im Gegensatz zu den Behauptungen Rohanis und anderer ist die Umsetzung des Abkommens nicht gleichbedeutend mit der Aufhebung aller gegen den Iran verhängten Sanktionen auf einmal. Tatsächlich wurde lediglich eine „allmähliche Aufhebung der Sanktionen“ im Gleichschritt mit der Durchführung der Pläne der Islamischen Republik im Sinne der Forderungen der USA und der EU beschlossen. Es ist nun klar geworden, dass die Vertreter des Regimes an diesen Verhandlungen von einer Position der Schwäche aus teilgenommen haben und aufgrund der getroffenen Vereinbarungen sind sie auch gezwungen, für eine Zeitspanne von 10-15 Jahren (lt. offiziellen Vereinbarungen des vergangenen Jahres) ständig den USA und deren Partnern gegenüber ihren guten Willen unter Beweis zu stellen. Die USA können lt. Vereinbarung ihrerseits im Falle ihrer Unzufriedenheit mit der Handlungsweise der Islamischen Republik, die „finanziellen“ Sanktionen jederzeit wieder in Kraft setzen. Darüber hinaus können die USA im Falle eines Verstoßes des Iran gegen die Vereinbarung, nach eigenem Ermessen die Sanktionen der Vereinten Nationen, ohne Zustimmung durch den Sicherheitsrat, erneut verhängen.

Die Tudeh Partei Iran ist darüber froh, dass die Führer des Regimes unter dem Druck der öffentlichen Meinung und als Reaktion auf die zunehmende gefährliche Situation, die durch Fortsetzung der unvernünftigen Politik des Rechtsgelehrten und der von ihm beauftragten Regierung herbeigeführt wurde, schließlich doch gezwungen waren, ihre Politik zu ändern.

Wir beglückwünschen die iranische Bevölkerung, die Hauptleidtragenden der Sanktionen - zur Beendigung eines wesentlichen Teils finanzieller und wirtschaftlicher Sanktionen und zur Minderung des internationalen Drucks auf unser Land.

Wir hoffen, dass durch die Bekämpfung der Wirtschaftspolitik Rohanis, die im Gleichklang mit einer Umsetzung des Abkommens im Sinne imperialistischer Kreise geplant ist, ein Ausweg für positive und wichtige Veränderungen geöffnet werden kann.

Es ist klar, dass die Führer des Regimes versuchen werden, die Umsetzung des Abkommens und Aufhebung der Sanktionen zur Stärkung ihrer Stellung und zur Bewältigung der aktuellen politischen Krise zu nutzen. Damit verspricht sich das Regime unter anderem politische Stabilität und eine vollständige Kontrolle der bevorstehenden Parlamentswahlen, sowie der Wahl des Expertenrats. Es soll sich um eine „Mehrheitswahl“ handeln, an der sich angeblich sogar „Systemgegner“ beteiligen dürfen. (Lt. Vorsitzender des Wahlstabs der Reformer seien von ihren 3000 Kandidaten lediglich 30 akzeptiert worden, sich zur Wahl zu stellen).

Seitens des Rechtsgelehrten wird das Wiener Abkommen (wirtschaftlich gesehen) als ein Wendepunkt betrachtet, nach dem die wirtschaftlich-politische Krise, steigende Arbeitslosigkeit und Elend, die eine soziale Explosion hervorrufen könnten, vermindert und gleichzeitig ein „rasches wirtschaftliches Wachstum“ herbeigeführt werden soll.

Es ist allerdings klar, dass die große Wirtschaftspolitik des Regimes dieselbe neoliberale von IWF und Weltbank diktierte Politik ist, die nicht in der Lage sein wird, die Probleme der kranken Wirtschaft des Landes zu lösen und zu beseitigen.

Die Tudeh Partei Iran ist, neben der Begrüßung einer Umsetzung des Abkommens und dem Ende von Teilen zerstörerischer finanzieller und wirtschaftlicher Sanktionen, der Auffassung, dass es nur durch gemeinsamen Kampf aller friedensliebenden und realer Reformer gelingen wird, den Weg für grundlegende Veränderungen zu öffnen und das Land aus der jetzigen tiefen wirtschaftlich- politischen Krise zu retten.

Zentralkomitee der Tudeh-Partei des Iran, 17.01.2016  
(Gekürzt aus der Erklärung des ZKs der Tudeh Partei Iran 17.01.2016)

**FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IM IRAN!**

**Vorwärts zur Bildung der antidiktatorischen Einheitsfront für Freiheit, Frieden, Unabhängigkeit, soziale Gerechtigkeit und für die Beseitigung des Regimes der obersten Geistlichkeit im Iran!**